

Das Baukartell steht wieder im Fokus

Im Grossen Rat war das Thema Baukartell omnipräsent. Genehmigt wurde ein Nachtragskredit für die PUK. Zu kürzlich erhobenen Vorwürfen, die Kapo habe Akten gefälscht, nahm der Regierungsrat keine Stellung. Dies aufgrund eines laufenden Verfahrens.

RETO STIFEL

Mittels einer Fraktionsanfrage wollte die BDP wissen, in welchem Umfang die Empfehlungen der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) in Sachen Baukartell bereits umgesetzt sind. Zur Erinnerung: 2019 hat die PUK den ersten Teilbericht zum Bündner Baukartell veröffentlicht. In diesem ging es primär um die Verhältnismässigkeit der Polizeieinsätze gegen Whistleblower Adam Quadroni und um mögliche Verstrickungen mit dem Baukartell. Damals gaben die PUK und der Leiter der von der Regierung eingesetzten Administrativuntersuchung der Bündner Regierung verschiedene Handlungsempfehlungen mit auf den Weg, um die Arbeit der Behörden, namentlich der Kantonspolizei, der Kesb oder der Amtsärzte zu optimieren. Wie der zuständige Regierungsrat Peter Peyer auf Anfrage der EP/PL bereits im Januar gesagt hat, sind die Empfehlungen umgesetzt oder in Bearbeitung.

Schattenakten erstellt?

Viel mehr interessierte allerdings am Dienstagmittag eine andere Frage. Die «NZZ am Sonntag» hat in ihrer letzten Ausgabe berichtet, dass Polizisten der Kantonspolizei nachträglich Protokolle zu den Abläufen rund um den Einsatz gegen Adam Quadroni gefälscht haben sollen. Dies, um nachträglich die Hausdurchsuchung im Dezember 2016 und den Ablauf der Festnahme Quadronis im Juni 2017 neu darzustellen. Der frühere Zürcher Oberstaatsanwalt Andres Brunner, welcher die Administrativuntersuchung geleitet hatte, soll im Lauf seiner Untersuchungen zwei verschiedene Versionen von Polizeiakten zugestellt bekommen haben, die den gleichen



Für die Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Bündner Baukartell wurde eine Parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt. Deren Arbeit kostet mehr Geld als geplant.

Foto: Daniel Zaugg

Hergang schildern sollen. «Ein fatales Versehen», schreibt die «NZZ am Sonntag» mit Berufung auf «mehrere Quellen.»

Laufendes Verfahren

Auf Nachfrage aus dem Grossen Rat sagte der zuständige Regierungsrat Peter Peyer, dass die Regierung bereits vor drei Jahren in Absprache mit der Staatsanwaltschaft eine ausserordentliche Staatsanwältin eingesetzt habe, um allfällig strafrechtlich relevante Vorkommnisse zu untersuchen.

Sie, Esther Omlin gab später den Fall ab, Urs Sutter übernahm die Untersuchungen. Gemäss Peyer laufen die Abklärungen nach wie vor. «Wir haben darauf keinen Einfluss. Ob auf die Termine, die Inhalte oder die Personen, die befragt werden», sagte Peyer. «Wir machen keine Aussagen zu einem laufenden Verfahren, und für die beteilig-

ten Personen gilt die Unschuldsvermutung.»

PUK-Zusatzkredit unbestritten

Das Bündner Parlament hat am Mittwoch zudem einen Zusatzkredit von 150000 Franken für das PUK-Baukartell einstimmig genehmigt. Die PUK begründete die Notwendigkeit dieses Zusatzkredites mit zusätzlichen Aufwendungen im Rahmen der sehr zeitintensiven Untersuchungen. Diese seien auch durch die Corona-Pandemie erschwert worden. Gemäss PUK-Präsident Michael Pfäffli (FDP, Oberengadin) hat sich gezeigt, dass die Erarbeitung des Berichts sehr zeitintensiv ist und dieser umfangreich ausfallen wird. Im Zusammenhang mit Verifizierungen sei unvorhergesehener Aufwand angefallen. Momentan laufe das Verfahren für die Gewährung des rechtlichen Gehörs. Auch diese Arbeit

sei anspruchsvoll und zeitintensiv. Die PUK ist überzeugt, dass mit diesem Zusatzkredit die sehr intensive, dreijährige Arbeit korrekt abgeschlossen werden kann.

Ein erster Zusatzkredit von 350000 Franken zum ursprünglichen Verpflichtungskredit von 600000 Franken war bereits im Oktober 2019 gesprochen worden. Mit den zusätzlichen 150000 Franken dürften die Kosten für die Untersuchungen insgesamt 1,1 Mio. Franken betragen.

In diesem zweiten Teil ging es darum abzuklären, ob Mitglieder der Regierung oder Mitarbeitende der Verwaltung ihre Verantwortung im Zusammenhang mit dem Submissionsverfahren im Bau wahrgenommen und das Controlling und die interne Aufsicht korrekt gearbeitet haben. Dieser Bericht wird in der kommenden Junisession des Bündner Grossen Rates vorgestellt.

PCB-Sanierung wirft Fragen auf

Grosser Rat Die Verseuchung des Flusses Spöl mit PCB ist bereits seit längerem bekannt. Im Februar dieses Jahres hat das kantonale Amt für Umwelt eine Sanierungsverfügung erlassen, welche seitens des Schweizerischen Nationalparks – durch diesen fliesst der Spöl – und der Engadiner Kraftwerke AG zu Beschwerden geführt hat. In der Fragestunde des Grossen Rates vom Mittwoch wollte Franziska Preisig (SP, Oberengadin) von der Regierung wissen, ob sie die Ansicht teilt, dass die verordnete Sanierung klar ungenügend sei und ob es sich die EKW AG nicht problemlos leisten könne, eine Vollsanierung des oberen Spöls zu finanzieren. Regierungsrat Jon Domenic Parolini verwies auf das laufende Rechtsmittelverfahren. Der Ausgang dieses Verfahrens werde Fragen beantworten, die Regierung könne keine Stellung nehmen. Auch weil das Verfahren nicht in ihren Kompetenzbereich falle. Bei einem allfälligen Weiterzug des Entscheides sei nämlich das Verwaltungsgericht zuständig. (rs)

Kinder früher in den Kindergarten?

Grosser Rat In Graubünden ist der Besuch des Kindergartens freiwillig, einzig für fremdsprachige Kinder kann er für obligatorisch erklärt werden. Ebenfalls ist Graubünden gemäss Grossrätin Heidi Clalüna (BDP, Oberengadin) einer der letzten Kantone, der den Kindereintritt über das Geburts- und das Kalenderjahr definiert. Clalüna habe in Gesprächen mit Lehrpersonen und Schulleitern erkennen können, dass die Entwicklung von Kindern heute viel schneller vorangehe. Schon im Kindergarten seien viele wissbegieriger und könnten beim Eintritt bereits ein wenig schreiben oder zählen. Clalüna wollte darum von der Regierung in der Fragestunde unter anderem wissen, ob eine Teilrevision des im März 2012 totalrevidierten Schulgesetzes angedacht sei, welche es ermöglichen könnte, dass Kinder, die bis zum 30. April eines Kalenderjahres das vierte Altersjahr vollendet haben, auf Beginn desselben Kalenderjahres in die Kindergartenstufe eintreten können, verbunden mit einem um ein Jahr früheren Schuleintritt.

Ohne auf Details einzugehen, sagte Bildungsdirektor Jon Domenic Parolini, dass eine Teilrevision des Schulgesetzes geplant und aufgegleist sei. Zurzeit sei man daran, Revisionsthemen zu bündeln. Geplant ist, die Revisionsvorlage dem Grossen Rat in der nächsten Legislatur zu unterbreiten. (rs)

Grosser Rat setzt klares Zeichen für die Bahnverbindung

Der Grosse Rat verabschiedet einstimmig den Auftrag Favre Accola. Somit wird die Regierung beauftragt, bis Ende 2022 dem Bund ein Angebotskonzept in Sachen Verbindung Scuol-Mals als Grundlage für den STEP 2040/45 einzureichen.

NICOLO BASS

In der Dezembersession des Grossen Rates hat die Davoser Grossrätin Valérie Favre Accola und über 60 Mitunterzeichner die Regierung beauftragt, die Zweckmässigkeitsstudie der Grischconsulta AG in Sachen Bahnverbindung Scuol-Mals aus dem Jahre 2012 auf die seither veränderte Ausgangslage neu beurteilen zu lassen. Zudem soll ein Konzept zur schnellen Zielerreichung der von den betroffenen Regierungen im September 2020 unterzeichneten Absichtserklärung vorgelegt werden.

In der Regierungsantwort vom 1. März heisst es, dass die Absichtserklärung

zwischen Tirol, Südtirol, der Lombardei und Graubünden auch eine «Technische Arbeitsgruppe» vorsieht, welche Leitlinien und Zielvorstellungen hinsichtlich der verschiedenen vorgeschlagenen neuen Verbindungen zwischen den beteiligten Ländern erarbeiten soll. Gemäss Aussagen vom zuständigen Regierungsrat Mario Cavigelli bildet die Mitfinanzierung der überwiegend im Ausland liegenden Streckenabschnitte durch die Nachbarländer eine wesentliche Voraussetzung für die Realisierung der Bahnverbindung. Bezüglich einer möglichen Finanzierung seitens der Europäischen Union (EU) gebe es aber noch keine definitive Zusage. Zudem erfordern Infrastrukturbauten eine Investitionszusage seitens des Bundes. Mögliche Projekte für den Investitionszeitraum 2040 bis 2045 (STEP 2040/45) müssen bis Ende 2022 beim Bund eingereicht werden.

Angebotskonzept bis Ende 2022

Deshalb hat Mario Cavigelli vorgeschlagen, den Auftrag an die Regierung anzupassen, mit dem Ziel, ein entsprechendes Angebotskonzept für die

Verbindung Scuol-Mals unter Beachtung des Resultats der technischen Arbeitsgruppe im Dezember 2022 als Grundlage für den STEP 2040/45 einzureichen. Die Mitglieder des Grossen Rates sind am Montagnachmittag diesem Vorschlag gefolgt und haben den Auftrag Favre Accola mit 105:0 Stimmen verabschiedet. Mit diesem einstimmigen Resultat setzt der Grosse Rat ein klares Zeichen zugunsten einer Bahnverbindung zwischen dem Unterengadin und dem Vinschgau, wenn möglich und machbar, auch unter Einbezug der Val Müstair.

Das Momentum nicht verpassen

«Das Zeitfenster ist sehr kurz, und wir dürfen das Momentum nicht verpassen», sagte die Erstunterzeichnerin Valérie Favre Accola anlässlich der Grossratsdebatte. Und einige Engadiner Grossräte doppelten nach und machten deutlich, dass Graubünden für diese Bahnverbindung bereit ist und die entsprechenden Vorleistungen bereits getätigt hat.

Damit aber die Einreichung Ende 2022 zustande kommen kann, sind insbesondere auch die Nachbarländer ge-

fordert, indem sie ihren Aufgaben gemäss Absichtserklärung nachkommen und eine verbindliche Finanzierungs-zusage erteilen.

SVP Vinschgau macht Druck

Auch in Südtirol hat man vom politischen Signal aus Graubünden Kenntnis genommen. So schreibt die SVP Vinschgau in einer Medienmitteilung, dass die beteiligten Regionalregierungen in Italien bis Ende dieses Jahres die in Aussicht gestellten Grundsatzentscheidungen treffen würden und die in der im September 2020 unterzeichneten Absichtserklärung formulierten Ziele entsprechend zügig vorantreiben. Dem SVP Bezirk Vinschgau – welcher alle Bürgermeister im Bezirk stellt – macht deutlich, dass eine gewisse Dringlichkeit gegeben sei, da Graubünden bereits Ende 2022 das Planungskonzept für eine Bahnverbindung «Scuol-Val Müstair-Mals» auf Bundesebene bringen müsse. Ebenfalls sei Nordtirol bemüht, eine entsprechende Bahnverbindung in den österreichischen Rahmenplänen für Infrastrukturinvestitionen (Zielnetz 2040) listen zu lassen.

Haben Gemeinden Auftrag erfüllt?

Corona-Pandemie Der Oberengadiner FDP-Grossrat Michael Pfäffli kommt zum Schluss, dass die Bündner Gemeinden bei der Bekämpfung des Coronavirus eine wichtige, ja entscheidende Rolle übernommen haben. Dies auf Anordnung des Kantons, welcher die Kontrollaufträge an die Gemeinden delegiert habe. Damit verbunden gewesen seien zwangsläufig weitere Aufgaben im Bereich der Umsetzung, der Durchsetzung und allenfalls der Sanktionierung von Verstössen. Pfäffli will darum von der Regierung wissen, wie die Gemeinden diese Aufgaben erfüllt haben und ob die Regierung Handlungsbedarf für Verbesserungen sieht – auch in ihrem Bereich, beispielsweise in der Kommunikation. Und ob es nach der Pandemie angebracht wäre, die Aufgaben der Gemeinden, aber auch das Zusammenspiel zwischen Kanton und Gemeinden einer fundierten Analyse zu unterziehen. (rs)